

**Antrag B-22****SPD-Unterbezirk Schaumburg****Unterrichtsversorgung an den Berufsbildenden Schulen**

1 Die Unterrichtsversorgung betrug im ersten Halb-  
2 jahr des Schuljahres an den BBS landesweit durch-  
3 schnittlich nur ca. 86 Prozent – die prozentuale Ver-  
4 sorgung der BBS Stadthagen und BBS Rinteln lag  
5 nach Presseberichten vom Januar d. J. sogar noch  
6 darunter. Es besteht hier also ein dringender, erheb-  
7 licher Handlungsbedarf.  
8 Für die Zukunft der Arbeitswelt und für unsere Un-  
9 ternehmen in Schaumburg sind gut ausgebildete  
10 Fachkräfte unerlässlich und am Ende ein wesentli-  
11 cher Standortvorteil. Hierzu bedarf es für die Aus-  
12 bildung von Nachwuchskräften gut ausgestatteter  
13 Schulen. Für die angemessene sächliche und räum-  
14 liche Ausstattung sorgt der Landkreis als Schulträger  
15 - nicht zuletzt durch die ausgewogene Bildungspo-  
16 litik unserer KT-Fraktion.  
17 Für eine ausgleichende Unterrichtsversorgung sind  
18 die niedersächsische Landesschulbehörde und das  
19 Kultusministerium zuständig.  
20 Trotz vieler Anstrengungen unseres Kultusministers  
21 Grant Henrik Tonne eine Verbesserung der Unter-  
22 richtsversorgung zu erreichen, muss es ein wichti-  
23 ges bildungspolitisches Ziel bleiben, die Situation  
24 der Berufsschulen nachhaltig zu verbessern.  
25 Für eine nachhaltige Verbesserung der Situation  
26 sind aber auch Anstrengungen an anderer Stelle er-  
27 forderlich. Der öffentliche Dienst steht im Wettbe-  
28 werb mit der Wirtschaft, wenn es darum geht, die  
29 besten Nachwuchskräfte für sich zu gewinnen. Zur  
30 Personalgewinnung gehört auch, den Besoldungs-  
31 unterschied zwischen den Bundesländern auszu-  
32 gleichen.  
33 Wir fordern von der Landesregierung und vor allem  
34 vom Finanzministeriums daher:

- 35 • die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes  
36 für die niedersächsischen Landesbeamtinnen-  
37 und beamten spätestens im Jahr 2020
- 38 • zeitnahe Umsetzung des Urteils des Bundes-  
39 verwaltungsgerichtes zur Alimentation von  
40 Beamtinnen und Beamten (BVerg. 2c32.17 vom  
41 30.10.18)
- 42 • vollständige Übertragung der Haushaltsreste  
43 der Budgets für die Schulen.
- 44 • die Nutzung aller außerschulischen Ressourcen  
45 zur Sicherstellung von Unterrichtsangeboten  
46 (z.B. Deutschsprachkursen)

**Empfehlung der Antragskommission  
Erledigt**

Die Wiedereinführung des Weihnachtsgeldes wurde bereits auf dem ordentlichen Landesparteitag 2018 beschlossen.

47 Darüber hinaus fordern wir von der Landesregie-  
48 rung die Einrichtung zusätzlicher Studienplätze für  
49 Lehramtsstudierende für alle Schulformen an den  
50 Hochschulen sowie die Erweiterung der Ausbil-  
51 dungsplätze an Studienseminaren.

52

### 53 **Begründung**

54 Das Land hat sein Engagement im berufsbildenden  
55 Bereich bereits verstärkt. 50 Stellen für die schu-  
56 lische Sozialarbeit an den berufsbildenden Schu-  
57 len, die der Niedersächsische Landtag für den Haus-  
58 halt 2019 beschlossen hatte, können entfristet oder  
59 zusätzlich ausgeschrieben werden. Damit verfügen  
60 rund 92 % aller öffentlichen BBS über mindes-  
61 tens eine sozialpädagogische Fachkraftstelle. Wei-  
62 tere Maßnahmen zur Entlastung der Lehrkräfte wer-  
63 den im ersten Quartal des Jahres am „Runden Tisch“  
64 mit allen Lehrerverbänden beraten. Dazu wird im  
65 Kultusministerium parallel weiter an einer Arbeits-  
66 zeitverordnung gearbeitet sowie die Umsetzung des  
67 Teilzeiterlasses evaluiert. All diese einzelnen Maß-  
68 nahmen dienen der zeitnahen Entlastungen der  
69 Lehrkräfte.

70 Solange Lehrerinnen und Lehrer in Niedersachsen  
71 Nachteile in der Besoldung haben und in ande-  
72 ren Bundesländern (wie NRW) Weihnachts- und Ur-  
73 laubsgeld gezahlt wird, ist es nicht verwunderlich,  
74 wenn gerade in Randgebieten zu anderen Bundes-  
75 ländern Lehrkräfte abwandern.